

***Empowerment* statt Exklusion?¹**
**Neue Governance-Strukturen bundesrepublikanischer
Arbeitsmarkt- und Sicherheitspolitik**

Volker Eick
FU Berlin - John-F.-Kennedy-Institut, Abt. Politik
Lansstraße 5-9, 14195 Berlin
eickv@zedat.fu-berlin.de

Rosa-Luxemburg-Tagung »Sirenen der Ökonomie«
(AG 4, Politische Ökonomie des Sicherheitsstaates)
Hamburg, 21.-23. Juni 2002

*»Wow«, entfuhr es mir, »das kam aber überraschend. Sie sind ja guter
und böser Cop in einer Person.«*
*»Stimmt, früher konnten sie sich zwei Kerle leisten. Aber nach den
ganzen Budgetkürzungen und dem Scheiß müssen wir jetzt
Doppelschichten fahren.«*

(Lethem 2001: *Motherless Brooklyn*, 140)

Seit Anfang der 90er Jahre sind in der Bundesrepublik - vorwiegend ordnungspolitisch begründet - Kommunale Präventionsräte, Sicherheits- und Ordnungspartnerschaften, Sicherheitswachen und Freiwillige Polizeidienste etabliert worden. Parallel dazu sind in lokalpolitisch unterschiedlicher Ausformung die Herausbildung von Bürgerwehren und das Wachstum kommerzieller Sicherheitsdienste zu beobachten.

Neue Trends in der (Re)Organisation bundesrepublikanischer Innerer Sicherheit sind dabei insbesondere die kleinräumige lokale Orientierung solcher Initiativen sowie eine als Privatisierung (vormals) staatlicher Aufgaben zu charakterisierende Entwicklung. Auch die Herausbildung von Operativen Gruppen und Sondereinheiten der Landespolizeien und des Bundesgrenzschutzes, die sich gezielt spezifischer Bevölkerungsgruppen oder städtischer Räume annehmen und

¹ Der Vortragsstil wurde beibehalten. Als umfassenderer Beitrag erscheint er unter dem Titel "Wenn Ihr einen schönen Tag haben wollt, müsst Ihr lächeln..." Zur Rolle von ABM-Ordnungsdiensten in der lokalen Sicherheitsproduktion. In: Elsbergen, Gisbert van (Hrsg.): *Kustodialisierung der Inneren Sicherheit - Wachen, Kontrollieren, Patrouillieren*, Opladen: Leske + Budrich, i.E.

mit dem privaten Sicherheitsgewerbe verstärkt sog. Sicherheitspartnerschaften eingehen, belegen diese Trends und können unter der Überschrift Spezialisierung zusammengefasst werden. Ich darf das für Berlin anhand einer Tabelle einmal skizzieren.

TABELLE: *Sonderorganisationen auf Zeit*²

Hier nicht abgebildet, aber ein neuer Trend, sind Verträge zwischen privaten Sicherheitsdiensten und der Polizei. Nach Mecklenburg-Vorpommern hat nun auch Berlin - der noch vom SPD und CDU regierten Senat eingesetzten *Expertenkommission Staatsaufgabenkritik* folgend - einen entsprechenden Vertrag mit dem privaten Sicherheitsgewerbe abgeschlossen, nachdem dies zuvor schon die Städte Düsseldorf, Köln, Frankfurt/M. und Belzig in Brandenburg taten.³

Bisher wenig Aufmerksamkeit wurde hingegen Hilfs- und Ordnungsdiensten geschenkt, die in der vergangenen Dekade unter der (An)Leitung freier gemeinnütziger Träger in diesem Marktsegment tätig geworden sind. Dazu später.

Eine deutliche Einschränkung dazu, worüber ich - zumindest im Vortrag - nicht sprechen werde:

Einmal die wachsende Bedeutung von EU-Polizeipolitik, die insbesondere mit EUROPOL ihren Ausdruck findet (sie hat im übrigen größeres Gewicht als die EU-Beschäftigungspolitik).⁴

Zum anderen - neben anderen Lücken, die hier ungeschlossen bleiben müssen - die aktuelle Gefängnis-, also Strafpolitik: Deutschland hat die höchsten Inhaftierungsraten im westeuropäischen Vergleich,⁵ kamen Anfang der 90er Jahre noch rund 80 Personen auf 100.000 der Wohnbevölkerung in Haft, sind es heute 96 auf 100.000.

² Die Tabellen sind beim Autor (eickv@zedat.fu-berlin.de) zu beziehen.

³ Vgl. Expertenkommission Staatsaufgabenkritik 2001.

⁴ Dies ungeachtet der Tatsache, dass Ko-Finanzierungen arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen über ESF- und EFRE-Mittel von zunehmender Bedeutung ist (auch: EQUAL u.a.) und die *Territorial Employment Pacts*.

⁵ Nur Spanien, Großbritannien und Portugal sperren noch mehr Menschen ein.

So sind zwischen 1996 und 1999 die im europäischen Vergleich ohnehin hohen Inhaftierungsraten von Jugendlichen um über 60 Prozent gestiegen. Zwischen 1994 und 1999 hat sich die Gefangenenrate von 14- bis 18-Jährigen verdreifacht; die von 18- bis 25-Jährigen verdoppelt.⁶ Die Zahl der Haftplätze soll in den nächsten Jahren von rund 75.000 auf fast 85.000 erhöht, also um 12 Prozent gesteigert werden; der Anteil von Bewährungsstrafen und vorzeitiger Entlassung (Zweidrittelstrafe) geht stetig zurück. Betroffen sind vor allem marginalisierte Gruppen aus den unteren und untersten Schichten. Ein gutes Drittel aller Inhaftierten sitzt, weil sie Geldstrafen nicht bezahlen können: Armut ist in den vergangenen zehn Jahren zunehmend ein Grund dafür geworden, dass Menschen in (überfüllten) Gefängnissen sitzen müssen.

International nahezu konkurrenzlos ist der Anstieg ethnischer Minderheiten in den deutschen Jugendstrafanstalten. Ihr Anteil an allen Gefangenen ist zwischen 1990 und 1998 - also innerhalb von nur acht Jahren - von etwa zehn Prozent auf über ein Drittel gewachsen.⁷ Das ist gemeint, wenn von der "Rückkehr des strafenden Staates" (Lois Wacquant) - auch in Deutschland - die Rede ist.

Auch die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik hat sich in den vergangenen Jahren stark verändert. Die aktive Arbeitsmarktpolitik, in der Bundesrepublik bisher klassisch auf sog. Zielgruppen orientiert, verortet sich heute verstärkt sozialräumlich und fühlt sich insbesondere *lokalen* Ansätzen verpflichtet. Ausdruck davon sind nicht nur die Modifizierungen und Neuerungen, die in den 90er Jahren im Arbeitsförderungsrecht (SGB III) und Bundessozialhilfegesetz (BSHG) auf nationalstaatlicher Ebene vorgenommen wurden und so der lokalen Ebene mehr Handlungsspielräume eröffnen sollen.⁸ Vielmehr sind unabhängig davon zahlreiche neue Kooperationsformen und Handlungsansätze in der Arbeitsmarkt- und Sozialhilfepolitik auf lokaler Ebene auch jenseits rechtlicher Verordnungen entstanden, in die zunehmend auch privatwirtschaftliche Anbieter

⁶ In Verhältniszahlen ausgedrückt: 10 : 100.000 (1994) zu 35,9 : 100.000 für 14- bis 18-Jährige (1999) und 70 : 100.000 (1994) zu 188 : 100.000 (1999); vgl. Klingst 2002.

⁷ Vgl. Ziegler 2001: 27.

⁸ Als neu installierte Programme sind hier die EU-initiierten Territorialen Beschäftigungspakte oder *Territorial Employment Pacts* (<http://www.pakte.de/htm/index3.htm>; vgl. Gerlach/Ziegler 2000) sowie in Berlin das Quartiersmanagement zu nennen (Eick/Grell 2002).

einbezogen werden. Die Parallele zu den oben skizzierten Entwicklungen im Bereich Innerer Sicherheit folgt der gleichen Logik, dass nur durch das gemeinschaftliche Handeln aller hinreichend Problemlösungskapazitäten zur Verfügung gestellt werden können.

Dieser Überzeugung oder besser: Behauptung entspricht der Bedeutungszuwachs, den das Lokale und die *Gemeinschaft* bzw. der für die deutsche Diskussion weniger verhängliche Begriff der *Community* in den vergangenen Jahren gewonnen haben.⁹ Nicht allein in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ist diese Entwicklung zu beobachten, auch die Stadtentwicklungs- und Wirtschafts(förderungs)politik orientieren sich zunehmend an lokalen Strukturen im "aktivierenden Sozialstaat", den Jessop mit dem Begriff des "schumpeterianischen *Workfare*-Regime" und Joachim Hirsch mit dem Begriff des "nationalen Wertbewerbsstaats" zu fassen suchen.

Paradigmatisch für so ausgerichtete Handlungsansätze sind die seit Mitte der 90er Jahre zunächst in verschiedenen Bundesländern entwickelten Quartiersmanagementkonzepte, die seit 1999 mit dem Bund-Länder-Programm "Soziale Stadt" auch bundespolitische Unterstützung erfahren.¹⁰ Mit integrierten, ressortübergreifenden und ganzheitlichen Ansätzen soll in sog. benachteiligten Wohngebieten einen Beitrag zur Verbesserung der dortigen Lebensbedingungen geleistet, das Quartier sozial stabilisiert und die Bevölkerung zur aktiven Mitarbeit animiert werden, um so als verschüttet oder nicht mehr vorhanden angesehene zivilgesellschaftliche Potentiale wieder erschließen zu können. Es handelt sich insofern um den Versuch, eine "Zivilgesellschaft von oben" (Stephan Lanz) zu installieren. Solche Ansätze sind mit einer Vielzahl von *Zumutungen* - diesmal unter postfordistischen Bedingungen¹¹ - ausgerechnet für diejenigen verbunden, die ohnehin besonders von den neoliberalen Verwüstungen betroffen und auf Arbeitslosigkeit, Armut und Krankheit verwiesen sind. Statt sozialer und ökonomischer Teilhabe sollen diese Programme

⁹ Rose 1996, 2000; vgl. Jütte 1991.

¹⁰ Vgl. Becker/Löhr 2000; Walther 2001; kritisch: Eick/Grell 2002.

¹¹ Vgl. Lüscher 1988: 223ff.

"die Bewohner bestimmter innerstädtische[r] Bezirke im Engagement für ihren 'Kiez' dadurch bestärken, dass man sie *als* 'Community' konstituiert und 'Community'-Gruppen auswählt, die im Namen der 'Community' als Sprecher auftreten können und dann in den politischen Apparat eingebunden werden, um so Reformvorhaben durchzusetzen" (Rose 2000: 88)

Insbesondere beim Quartiersmanagement, das in diesem Sinne kein Territorium, sondern eine Regierungsform beschreibt, wird deutlich, wie sich - die in den Sozialwissenschaften weitgehend unabhängig voneinander untersuchten Politikfelder - Arbeitsmarkt- und Sicherheitspolitik nicht nur in ihrer kleinräumigen Orientierung, sondern auch in ihrer inhaltlichen Ausrichtung miteinander verschränken: Sicherheits- und ordnungspolitische Logiken finden Eingang in die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, während gleichzeitig - über arbeitsmarktpolitisch begründete Instrumente - freie Träger als neue Akteure auf dem 'Sicherheitsmarkt' in Erscheinung treten.

Aktive Arbeitsmarktpolitik ist heute, wie die "Mischökonomie des Polizierens" (Detlef Nogala), durch eine stärkere Marktorientierung bei zeitgleich geringerer finanzieller Ausstattung durch die öffentliche Hand gekennzeichnet. Erhöhter Arbeitszwang für Langzeitarbeitslose und Sozialhilfeempfangende charakterisiert des weiteren den "aktivierenden Sozialstaat".¹²

Seit 1994, mit der Aufhebung des Vermittlungsmonopols der Arbeitsämter, sind freie Träger zudem verstärkt gehalten, selber in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln. Deren so genannte Vermittlungsquoten werden dabei zum Kriterium für eine weitere Finanzierung des Trägers und seiner Maßnahmen gemacht. Damit geraten die selbstgesetzten Ansprüche freier Träger,

- nicht in Niedriglohnbereiche hinein zu vermitteln,
- für die Maßnahmeteilnehmer sinnvolle Beschäftigungsfelder zu erschließen,
- und ihnen so eine eigenständige Lebensperspektive zu ermöglichen,

¹² Mit in die Betrachtung einbezogen werden müssen auch die diversen Modellprojekte, die gemeinnützige zusätzliche Arbeit (gzA) sowie die Absenkungen der Leistungsniveaus in der Arbeitslosen- und Sozialhilfe.

verstärkt unter Druck.

Neben die zu beobachtende Moralisierung von Arbeitslosigkeit, die Arbeit zur Pflicht an der *Gemeinschaft* definiert, tritt so auch eine Orientierung nach dem Motto "Arbeit um jeden Preis". Nach Michael Ehrke handelt es sich

"um die uralte Botschaft an die schlechter Gestellten, ihre materielle Benachteiligung hinzunehmen und eine Art sekundärer Gratifikation in der Pflichterfüllung zu suchen. Die wichtigste Pflicht ist die Erwerbsarbeit, zu der weder attraktive materielle Gegenleistungen noch ein befriedigender Arbeitsinhalt reizen - sondern die Pflicht. [...] Der moralische Imperativ richtet sich dabei in erster Linie an die prospektiven Opfer der Modernisierung, die Empfänger von Sozialleistungen [...]. Diese Pflicht wird um so stärker betont, je weniger wahrscheinlich es ist, dass 'gute Jobs' (d.h. halbwegs sichere und akzeptabel entlohnte Beschäftigungen) in Aussicht gestellt werden können. Die Rhetorik der Pflicht visiert auch die Sozialisationsleistung geregelter Arbeit an. Ihre Kehrseite ist daher die ebenfalls in Aussicht gestellte 'Härte gegen das Verbrechen und gegen seine Ursachen' - also für die Fälle, in denen die Sozialisation durch Erwerbsarbeit nicht gelingt" (Ehrke 1999: 18, 14).

In dem Maße, wie *Nonprofit*-Organisationen diesen Wandel nachvollziehen (müssen), erschließen sie sich jetzt auch das Feld klassischer Niedriglöhne und zwingen ihre 'Klientel' in solcherart Beschäftigungsverhältnisse - neben dem Hotel- und Gaststättengewerbe sind das die Gebäudereinigung und die Sicherheitsbranche.¹³

Für eine solche offensive Orientierung auf den Niedriglohnmarkt steht die *Industrie- und Handelsschutz GmbH*, einer der Marktführer in der kommerziellen Sicherheitsbranche.

TABELLE: *Private Sicherheitsdienste in der Bundesrepublik*

Sie hatte bereits im Oktober 1991 eine gemeinnützige Tochtergesellschaft - die IHS BQ gGmbH - gegründet, die im Auftrag des Berliner Senats 500 Langzeitarbeitslose in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu sog. Fahrgastbetreuern

¹³ Vgl. Pohl/Schäfer 1996; Ehrenreich 2001.

schulen und diese dann in die *Berliner Verkehrsbetriebe* (BVG), also auf den ersten Arbeitsmarkt, überführen sollte. Dieses Ziel wurde nicht erreicht. Jahresdurchschnittlich werden stattdessen heute 300 Teilnehmer in Maßnahmen beschäftigt.¹⁴ Dabei nimmt die *IHS BQ gGmbH*

"auch die Funktion wahr, dem Arbeitsamt gegenüber Hinweise auf Arbeitsunwilligkeit von Maßnahmeteilnehmern zu übermitteln. Es gibt keine Tarifbindung; die Tarife sind an den gewerblichen Niedriglohnbereich angelehnt. [...] Die Orientierung auf das Niedriglohnsegment des Arbeitsmarktes erscheint weiterhin als sinnvoll. Dies bedeutet auch, schon in den Maßnahmen sehr geringe Personalkosten anzusetzen. Die Kosten pro Arbeitsplatz in ABM sind bei der IHS BQ gGmbH um ein Drittel geringer als der Durchschnitt" (IHS gGmbH 2000: 3, 7).

Es handelt sich dabei in Hinblick auf existenzsichernde Löhne um eine Abwärtsspirale. So geht aus verschiedenen Untersuchungen hervor, dass der Anteil derjenigen, die in Maßnahmen auf ergänzende Sozialhilfe angewiesen sind, auf mittlerweile fast zehn Prozent aller Maßnahmeteilnehmer angestiegen ist.¹⁵

Ich interpretiere diese Veränderungen im Kontext einer als *postfordistisch* bezeichneten Phase,¹⁶ in der sich Metropolen im Zuge neoliberaler Glokalisierung von integrativen in exklusive Wachstumsmaschinen verwandelt haben. Wohlfahrtsstaatliche Rechte unterliegen im Rahmen dieses Standortwettbewerbes einem andauernden Bedeutungsverlust, werden im Arbeitsmarkt- und Sozialhilfereich in *Workfare* transformiert, also Markt- und Angebotskriterien untergeordnet sowie strenger überwacht¹⁷ und in den individuellen Verantwortungsbereich des Einzelnen transferiert. Die neoliberale Strategie besteht entsprechend darin,

"die Verantwortung für gesellschaftliche Risiken wie Krankheit, Arbeitslosigkeit, Armut etc. und das (Über)Leben in Gesellschaft in den Zuständigkeitsbereich von kollektiven und individuellen Subjekten

¹⁴ Dabei werden vom Arbeitsamt 900 Personen geschickt, aus denen eine Vorauswahl von 300 getroffen wird. Die Finanzierung der einjährigen Beschäftigung und der parallelen Grundschulung erfolgt aus öffentlichen Mitteln.

¹⁵ Vgl. Senatsverwaltung für Arbeit 2001; Arbeitsamt Berlin Ost 1999.

¹⁶ Vgl. Hirsch 2002; Jessop 2000.

¹⁷ Vgl. Jessop 1997: 74.

(Individuen, Familien, Vereine etc.) zu übertragen und zu einem Problem der Selbstsorge zu transformieren. Das Spezifikum der neoliberalen Rationalität liegt in der anvisierten Kongruenz zwischen einem verantwortlichen-moralischen und einem rational-kalkulierenden Subjekt. [...] Da die Wahl der Handlungsoptionen innerhalb der neoliberalen Rationalität als Ausdruck eines freien Willens auf der Basis einer selbstbestimmten Entscheidung erscheint, sind die Folgen des Handelns dem Subjekt allein zuzurechnen und von ihm selbst zu verantworten" (Lemke 2000: 38).

Diese Prozesse sind von der Ausbildung einer (inter)nationalen Städtehierarchie und der Polarisierung der Städte im Innern begleitet und haben mithin auch sozial-räumlich Auswirkungen. Es kommt vor dem Hintergrund von Standortkonkurrenz und unternehmerischer Stadtpolitik zur Ausbildung von Wohlstandsenklaven auf der einen und Armutsinseln auf der anderen Seite. Diese Spaltung und Polarisierung städtischer Gesellschaften ist von der Restrukturierung staatlicher, privater sowie kommerzieller Sicherheit nicht zu trennen.

Besonders deutlich wird dies beim privaten oder besser: kommerziellen Sicherheitsgewerbe. Das Gewerbe profitiert nicht nur vom *Outsourcing* ganzer Leistungspaletten aus öffentlicher Verwaltung, Industrie und Dienstleistung im Zuge einer betriebswirtschaftlich orientierten Stadtpolitik.

TABELLE: *Tätigkeitsfelder privater Sicherheitsdienste*

Gegenstand eines Teils der Maßnahmen in der aktiven Arbeitsmarktpolitik ist die gezielte Mobilisierung von Sozialhilfeempfangenden in ihrem eigenen Wohnbereich. Dort werden sie mit der Überwachung eben dieses Geländes beauftragt. Dass es sich dabei nicht um Prozesse der Demokratisierung, intensivierter Selbstbestimmung oder gar Partizipation, sondern um eine spezifisch neue Kontrollstrategie handelt, hat bisher am deutlichsten der Oberbürgermeister von Stuttgart, Dr. Wolfgang Schuster, auf dem baden-württembergischen Fachkongress "Kommunale Kriminalprävention" im Juli 1998 formuliert: Der Einsatz von ABM-Kräften gegen Randgruppen in der Innenstadt Stuttgarts habe sich

"nicht zuletzt auch deshalb bewährt, weil manche von ihnen vorher selbst auf der Parkbank saßen und denen jetzt sagen können: 'Komm, Deine Bierflasche, die kannst Du doch auch mitnehmen.' Das ist für mich auch ein sozialpolitisches Zeichen. Das ist sehr viel besser, als weiter Sozialhilfe zu zahlen und dann die Diskussion zu führen, ob Betteln erlaubt sein soll oder nicht" (Schuster 1998: 24).

Gezielt wird so von der Politik der Versuch unternommen, Arme gegen Arme zum Einsatz zu bringen und mit einem spezifischen Modell des *Policing the poor*, Arme mit *Workfare*-Programmen zur Beteiligung an Vertreibungen zu aktivieren. Unter einer wachsenden Zahl von freien Trägern wird die Planung, Anleitung, Begleitung und Umsetzung sowie Evaluation von Projekten, die auf eine Informalisierung und Fragmentierung von (Zugangs)Recht sowie kleinräumige Kontrollpolitiken hinauslaufen, keineswegs als Exklusionspolitik verstanden - im Gegenteil:

So wird explizit auf Integration abgehoben, wenn etwa Migranten(jugendliche) in Quartieren mit hohem Ausländeranteil als kommerzielle Sicherheitsstreifen eingesetzt werden; das Berliner Quartiersmanagement geht - wie gezeigt - in einzelnen Fällen sogar soweit, die Zuzugsbegrenzung von Migranten(familien) in spezifische Wohnquartiere oder des Zugangs des Trinkermilieus in spezifische Stadtquartiere als Integration zu bezeichnen.¹⁸

Und noch etwas muss an diesen neuen Diensten - ich darf das eben Gesagte für Berlin zunächst anhand einer Folie illustrieren, für Hamburg hat das u.a. Dirk Hauer einmal getan¹⁹ -

TABELLE: *ABM-Ordnungsdienste in Berlin*

genau betrachtet werden: An diesen Arbeitsmarkt- und Sicherheitskonzepten sind eine Vielzahl von wissenschaftlichen Kolleginnen und Kollegen *aktiv* sowohl bei der Entwicklung wie bei der Implementation beteiligt. So bei den Landesprogrammen für 'benachteiligte Quartiere' etwa in Hamburg (Armutsbekämpfungsprogramm, 1994) und Berlin (Quartiersmanagement, 1998),

¹⁸ Vgl. im Detail zu diesen Sachverhalten Bratfisch 1997; Eick 2001a; Holm 2001a.

¹⁹ Hauer 1998; vgl. Lindenberg 2000.

dem Bund-Länder-Programm "Soziale Stadt" oder den Konzepten Kommunaler Kriminalprävention.

So attraktiv angesichts sich verfestigender Massenarbeitslosigkeit *irgendwelche* beschäftigungspolitischen Maßnahmen mit Anschluss an den ersten Arbeitsmarkt erscheinen mögen, so sehr kommt es - gerade in Hinblick auf Kategorien wie Integration und Teilhabe - darauf an, vielleicht doch zweimal hinzusehen.

Literatur

- Arbeitsamt Berlin Ost: *Vermittlungsteam/ABM-Service: Ortübliche Vergütung in ABM/SAM*. Ms. (unveröff.) Berlin, 1999.
- Becker, Heidede/Löhr, Rolf-Peter: "Soziale Stadt". Ein Programm gegen die sozialräumliche Spaltung in den Städten. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (2000) B10-11, S. 22-29.
- Bratfisch, Rainer: Gewobag mit neuem Mieter-Service. Privat-Sheriffs sorgen für Sicherheit. In: *MieterMagazin* (1997) Heft 12, S. 14-15.
- Ehrenreich, Barbara: *Nickel and Dimed. On (not) getting by in America*. New York: Metropolitan Books, 2001.
- Ehrke, Michael: *Revidierter Revisionismus. Der Dritte Weg und die europäische Sozialdemokratie* (Analyseeinheit Internationale Politik der Friedrich Ebert Stiftung), Bonn: Selbstverlag, 1999.
- Eick, Volker: Neue Sicherheitsstrukturen im »neuen« Berlin. »Warehousing« öffentlichen Raums und staatlicher Gewalt. In: *ProKla*, 28. Jg. (1998a) Nr. 110, S. 95-118.
- Eick, Volker: Land unter in Neukölln? Die Wohnungsbaugesellschaft "Stadt und Land" spielt soziale Stadt. In: *Berliner MieterEcho*, 22. Jg. (2001a) Nr. 285, S. 20-21.
- Eick, Volker/Grell, Britta: Mit der Sozialen Stadt von Welfare zu Work? Zur Rolle von freien Trägern in der neuen Sozial- und Beschäftigungspolitik. In: Walther, U.-J. (Hrsg.): *Reader Soziale Stadt*, Opladen: Leske + Budrich 2002, i.E.
- Expertenkommission Staatsaufgabenkritik: Zweiter Zwischenbericht. Vorschläge für den Bereich der Polizei. In: Stober, Rolf (Hrsg.): *Jahrbuch des Sicherheitsgewerberechts 2001*. Köln u.a.: Heymanns, 2001, S. 195-213.
- Gerlach, Frank/Ziegler, Astrid: Territoriale Beschäftigungspakte in Deutschland - neue Wege der Beschäftigungsförderung? In: *WSI Mitteilungen*, 53. Jg. (2000) Heft 7, S. 430-437.
- Hauer, Dirk: Sicherheit, Service, Arbeitszwang. Erwerbslose werden "City Ranger". In: *ak - analyse & kritik*, 26. Jg. (1998) Nr. 421, Hamburg.
- Hirsch, Joachim: *Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus*. Berlin/Amsterdam: Edition ID-Archiv, 1995.
- Hirsch, Joachim: *Herrschaft, Hegemonie und politische Alternativen*. Hamburg: VSA, 2002.
- Holm, Andrej: "Behutsame Verdrängung" am Helmholtzplatz: Ausgrenzung im Aufwertungsgebiet. Trinker, Punks und Obdachlose im Zangengriff von Polizei, Sozialarbeit und Quartiersmanagement. In: *Berliner MieterEcho*, 22. Jg. (2001a) Nr. 286, S. 8-10.

- IHS gmbH (Hrsg.): *Selbstdarstellung der IHS Beschäftigungs- und Qualifizierungs gmbH*. Ms. (unveröff.) Berlin, 2000.
- Jessop, Bob: Die Zukunft des Nationalstaats - Erosion oder Reorganisation? Grundsätzliche Überlegungen zu Westeuropa. In: Becker, St./Sablowski, Th./Schumm, W. (Hrsg.): *Jenseits der Nationalökonomie? Weltwirtschaft und Nationalstaat zwischen Globalisierung und Regionalisierung*. Hamburg: Argument, 1997, S. 50-95.
- Jessop, Bob: Globalization, Entrepreneurial Cities, and the Social Economy. In: Hamel, P./Lustiger-Thaler, H./Mayer, M. (Hrsg.Innen): *Urban Movements in a Globalizing World*. London/New York: Routledge, 2000, S. 81-100.
- Jütte, Robert: Das Stadtviertel als Problem und Gegenstand der frühneuzeitlichen Stadtgeschichtsforschung. In: *Blätter für deutsche Landesgeschichte*, 127. Jg. (1991), S. 235-269.
- Klingst, Martin: Einsperren ist teuer und sinnlos. Gefängnisse sind Schulen des Verbrechens. In: *Die Zeit* (11. April 2002) Nr. 16, S. 8.
- Lanz, Stefan: Der Staat verordnet die Zivilgesellschaft. In: *Widersprüche*, 20. Jg. (2000) Heft 78, S. 39-51.
- Lemke, Thomas: Neoliberalismus, Staat und Selbsttechnologien. Ein kritischer Überblick über die governmentality studies. In: *Politische Vierteljahresschrift*, 41 Jg. (2000) Heft 1, S. 31-47.
- Lindenberg, Michael: Zwischen sicher sein und sich sicher fühlen. Kommunale Hilfsdienste als Geburtshelfer für verdichtete städtische Gemeinschaften? In: *Widersprüche*, 20. Jg. (2000) Heft 76, S. 37-49.
- Lethem, Jonathan 2001: *Motherless Brooklyn*. Köln: Tropen.
- Lüscher, Rudolf M.: *Henry und die Krümelmonster. Versuch über den fordistischen Sozialcharakter*. Tübingen: Konkursbuchverlag Claudia Gehrke, 1988.
- Nogala, Detlef: Ordnungsarbeit in einer globalisierten Welt - Die neue Mischökonomie des Polizierens und der Polizei. In: Fehérváry, J./Stangl, W. (Hrsg.): *Polizei zwischen Europa und den Regionen. Analyse disparater Entwicklungen*. Wien: Universitätsverlag, 2001, S.184-222.
- Rose, Nikolas: The Death of the Social? Re-figuring the Territory of Government. In: *Economy and Society*, 3. Jg. (1996) Vol. 25, S. 327-256.
- Rose, Nikolas: Tod des Sozialen? Eine Neubestimmung der Grenzen des Regierens. In: Bröckling, U./Krasmann, S./Lemke, Th. (Hrsg.Innen): *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 2000, S. 72-109.
- Schuster, Wolfgang: Kommunale Kriminalprävention. Der Stuttgarter Weg. In: Innenministerium Baden-Württemberg (Hrsg.): *Fachkongress Kommunale Kriminalprävention*. Stuttgart: Selbstverlag, 1998, S. 19-24.
- Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales und Frauen (Hrsg.): *Berliner Arbeitsmarktbericht 1999/2000*. Berlin: Selbstverlag, 2000.
- Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales und Frauen (Hrsg.): *Hilfe zur Arbeit nach dem BSHG in Berlin 2001* Ms. (unveröff.) Berlin, 2001.
- Stephenson, Neal 2000: *Cryptonomicon*. New York: HarperCollins.
- Walther, Uwe-Jens 2001: Neuer Wein in alten Schläuchen. Das Programm "Soziale Stadt". In: *Jahrbuch StadtRegion 2001*. Opladen: Leske + Budrich, 2001, S. 95-114.
- Ziegler, Holger: Drei Mann in einem Boot. Warum sich die soziale mit der sicheren Stadt und beide mit dem 'aktivierenden' Staat so gut verstehen. In: *Widersprüche* 11. Jg. (2001), Heft 82, S. 25-38.